

21.03.2023

Antrag

der Fraktion der SPD

Allen jungen Menschen eine qualifizierte Ausbildung ermöglichen – Anschlussperspektive nicht an Datenübermittlung scheitern lassen

I. Ausgangslage

Der Fachkräftemangel in Nordrhein-Westfalen trifft immer mehr Branchen und die demografische Entwicklung wird den Fachkräftemangel in Zukunft noch verschärfen. Die duale Berufsausbildung ist eine unerlässliche Säule und von zentraler Bedeutung für die Sicherung von Fachkräften. In Nordrhein-Westfalen verließen im Jahr 2021 4.055 junge Menschen die Schule ohne Schulabschluss.¹ Laut Zahlen des DGB NRW saßen im Jahr 2022 über 44.000 junge Menschen in Übergangssystem zwischen Schule und Beruf fest und mussten auf eine berufliche Perspektive weiter hoffen.² In Nordrhein-Westfalen wurden im Ausbildungsjahr 2021/22 115.000 Ausbildungsstellen von Arbeitgeberseite gemeldet. 10.000 Ausbildungsstellen blieben davon unbesetzt.³ Die Zahlen zu den offenen Ausbildungsstellen zeigen jedoch nicht die regionalen Unterschiede auf dem Ausbildungsmarkt und die Herausforderungen vor denen viele junge Menschen beim Übergang von Schule zu Ausbildung stehen. Fast jeder fünfte Jugendliche bleibt in NRW ohne Berufsqualifikation.⁴ Viele junge Menschen bemühen sich seit Jahren erfolglos um einen Ausbildungsplatz und nicht alle Schulabgängerinnen und Schulabgänger werden durch Ansätze wie Kein Abschluss ohne Anschluss (KAoA) erreicht. Der erfolgreiche Übergang von Schule zu Beruf und die Verhinderung von Ausbildungslosigkeit sind zentrale Herausforderungen im Bereich der beruflichen Bildung. Diese jungen Menschen beim Übergang zwischen Schule und Beruf zu erreichen und ihnen eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen, sind bedeutende Stellschrauben gegen den Fachkräftemangel in NRW.

In Nordrhein-Westfalen werden jedoch nicht alle Jugendlichen und jungen Menschen, die keine Ausbildung in Aussicht haben, erreicht. Es scheitert mitunter auch an der Umsetzung des § 31a SGB III, der die Datenerhebung und Datenübermittlung von jungen Menschen ohne

¹ Landesbetrieb IT.NRW (2022): NRW: 4 055 Schulabgänger/-innen verließen die Schule Ende 2021 ohne Abschluss. Online unter: <https://www.it.nrw/nrw-4-055-schulabgaenger-innen-verliessen-die-schule-ende-2021-ohne-abschluss-17856> (Stand: 10.3.2023).

² DGB Bezirk NRW (2022): Landesregierung muss Ausbildung stärker in den Fokus nehmen. Online unter: <https://nrw.dgb.de/presse-und-social-media/++co++f5fde182-5a95-11ed-a452-001a4a160123> (6.3.2023).

³ Stellungnahme der Regionaldirektion Nordrhein-Westfalen der Bundesagentur für Arbeit (2023), Drs.18/258.

⁴ DGB Bezirk NRW (2022): Landesregierung muss Ausbildung stärker in den Fokus nehmen. Online unter: <https://nrw.dgb.de/presse-und-social-media/++co++f5fde182-5a95-11ed-a452-001a4a160123> (Stand: 6.3.2023).

Datum des Originals: 21.03.2023/Ausgegeben: 21.03.2023

Anschlussperspektive nach der Schule an Angebote der Berufsberatung oder der Jugendhilfe ermöglicht. Auf Bundesebene wurden bereits die Weichen für die Datenübermittlung gestellt.⁵ In Nordrhein-Westfalen fehlt nach wie vor eine gesetzliche Grundlage. Ohne diese Datenübermittlung sind junge Menschen ohne Anschlussperspektive jedoch nur schwierig oder gar nicht zu ermitteln und zu erreichen. Ohne Anschlussperspektive droht eine Verfestigung von Langzeitarbeitslosigkeit und ein Abrutschen in Armut. Dabei ist es unsere gesamtgesellschaftliche Aufgabe junge Menschen aus dem Wartesaal des Lebens zu holen und ihnen eine Anschlussperspektive zu garantieren. In Nordrhein-Westfalen können wir es uns nicht leisten, dass jungen Menschen Zukunftschancen verwehrt werden und sie als Arbeits- und Fachkräfte fehlen. Es braucht jetzt schnell zielgerichtete Maßnahmen des Landes, um junge Menschen ohne Anschlussperspektive erreichen zu können und ihnen den Weg in eine qualifizierte Berufsausbildung zu ermöglichen.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- aufgrund fehlender Möglichkeit der Datenübermittlung junge Menschen ohne Anschlussperspektive oftmals nicht von Angeboten der Jugendhilfe und Berufsberatung erreicht werden.
- jungen Menschen ohne Anschlussperspektive Zukunftschancen nicht verwehrt werden dürfen und sie als Arbeits- und Fachkräfte fehlen.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- schnellstmöglich die Datenübermittlung von jungen Menschen ohne Anschlussperspektive an Angebote der Berufsberatung und Jugendhilfe zu ermöglichen und einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen.
- Angebote der Jugendhilfe und Berufsberatung zu stärken.

Thomas Kutschaty
Sarah Philipp
Lisa-Kristin Kapteinat
Lena Teschlade
Thorsten Klute

und Fraktion

⁵ Interview mit Roland Schüßler: Berufsorientierung ab Klasse 5. In: Rheinische Post, 1.3.2023.